

IDEA PRESSEDIENST

DIE NACHRICHTEN DES TAGES

NR. 015 17. JANUAR 2023 WWW.IDEA-PRESSEDIENST.DE

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN	2
Timothy Keller: Der Krebs hat mein Gebetsleben verändert	2
ÖRK-Generalsekretär verurteilt Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine	3
Festnahme nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London	3
„truestory“: Jugendliche begegnen Jesus	4
Joe Biden predigte in früherer Gemeinde von Martin Luther King	4
Politologe: „Patriarch Kyrill ist Alleinherrscher“	5
Altbischof: An Gottes Wort festhalten	5
Präses Latzel: Religiöse Bildung in Familien stärken!	6
Menschen auf der letzten Wegstrecke begleiten	7
BERICHTE	8
Strukturierte Hilfestellung für Gemeinden	8
Der lange Arm der Volksrepublik China	9

Herausgeber: IDEA e.V. Evangelische Nachrichtenagentur
Vorstand: Helmut Matthies (Vors.), Johannes Holmer, Annegret Adamczak, Heiner Henny, Dr. Hans-Jörg Naumer, Gerhard Peter, Martin Scheuermann, Dr. Reinhardt Schink
Gesamtleitung: Daniela Städter (kommissarisch)
Redaktion: Daniela Städter (Leiterin), Christian Starke, Karsten Huhn

Bayern: Romy Schneider
Hessen: Klaus Rösler
Nord: Klaus Rösler
Ost: Thomas Richter
Südwest: Daniel Scholaster
West: Dr. David Wengenroth

Erscheinungsweise: täglich
Anschrift: Postfach 1820
35528 Wetzlar
Telefon: 06441 915-0
idea@idea.de
www.idea.de

NACHRICHTEN

Timothy Keller: Der Krebs hat mein Gebetsleben verändert

Der evangelikale Bestsellerautor leidet an Bauchspeicheldrüsenkrebs

New York (IDEA) – Der evangelikale US-Bestsellerautor Timothy Keller (New York) hat durch seine Krebserkrankung zu einem reichen Gebetsleben gefunden. Das sagte der 72-Jährige in einem Interview mit dem christlichen US-Fernsehsender „Premier“. Keller leidet seit 2020 an Bauchspeicheldrüsenkrebs. In dem Gespräch sagte der Theologe, er und seine Frau „würden niemals zu dem Gebetsleben und dem geistlichen Leben zurückkehren wollen, das wir vor der Krebserkrankung hatten, niemals“. Er habe vor seiner Erkrankung immer geglaubt, ein gutes Gebetsleben zu haben. In den vergangenen beiden Jahren sei er aber in andere Dimensionen vorgestoßen und denke heute, dass sein früheres Gebetsleben nicht gut war. Das Leben mit dem Krebs habe für ihn die Worte aus Psalm 90,14 lebendig werden lassen: „Schenke uns deine Liebe jeden Morgen neu! Dann können wir singen und uns freuen, solange wir leben!“ Die Krebsdiagnose habe auch seine Sicht auf das Leben komplett verändert: „Alles ändert sich, wenn du erkennst, dass die Zeit begrenzt ist und du sterblich bist.“ Besonders schätze er das langsamere Lebenstempo, das sich durch die Krankheit ergeben habe. Im Rückblick habe er das Gefühl, dass er „zu lange zu aktiv“ gewesen sei. Heute sei er „näher an dem Punkt, an dem ich die meiste Zeit meines Lebens hätte sein sollen“.

Nirgendwo kann man mehr lernen als in den Psalmen

Wenn ihn die Angst vor der Krankheit überkomme, wende er sich den Psalmen zu. „Es gibt nichts, wo du mehr lernen kannst als in den Psalmen. Ich gehe mit meiner Angst um, indem ich die Psalmen lese und mich sportlich betätige.“ Keller war bis 2017 Pastor der reformierten Erlöser-Gemeinde in New York, deren Gründer er ist. Sie hat über 250 Tochtergemeinden gegründet. Keller gehört zur evangelikalen Reformierten Kirche in Amerika (Presbyterian Church in America/PCA). Er hat insbesondere im Brunnen Verlag (Gießen) mehrere Bücher veröffentlicht, die zu Bestsellern wurden, darunter „Warum Gerechtigkeit?“, „Gott im Leid begegnen“ und „Warum Gott?“. Am 13. Januar ist sein neues Buch „Über den Tod. In Sterben und Tod die Hoffnung behalten“ erschienen.

— IDEA 17.01.2023

ÖRK-Generalsekretär verurteilt Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine

Einschlag einer russischen Rakete in Wohnblock forderte zahlreiche Opfer

Genf/Dnipro (IDEA) – Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Jerry Pillay (Genf), hat Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine verurteilt. „Die jüngsten Angriffe haben dem schrecklichen menschlichen Leid, das der russische Einmarsch in die souveräne Ukraine verursacht hat, 40 weitere zivile Opfer hinzugefügt“, heißt es in einer Stellungnahme Pillays. Er bezog sich dabei auf einen russischen Raketenangriff auf einen Wohnblock in der ostukrainischen Stadt Dnipro am 14. Januar. Nach Angaben der örtlichen Behörden seien aktuell 40 Todesopfer zu beklagen. Weitere 75 seien bei dem Angriff verwundet worden, darunter 14 Kinder. Dutzende Personen würden noch vermisst. Der ÖRK fordert laut Pillay die „Einhaltung der Grundsätze des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung“. Die Angriffe auf die zivile Infrastruktur, der Krieg sowie die „gewaltsamen Verstöße gegen Recht und Moral“ sollten beendet werden. Pillay ist seit 1. Januar Generalsekretär des Weltkirchenrates. Darin sind 352 anglikanische, orthodoxe und protestantische Kirchen mit über 580 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen.

— IDEA 17.01.2023

Festnahme nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London

Dem 22-jährigen mutmaßlichen Täter wird versuchter Mord vorgeworfen

London (IDEA) – Nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London hat die Polizei einen 22-jährigen Tatverdächtigen festgenommen. Das berichtet die Zeitung „The Guardian“. Vor der katholischen Kirche „St. Aloysius“ im Londoner Stadtteil Euston waren am 14. Januar vier Frauen und zwei Mädchen einer Trauerversammlung aus einem Auto heraus beschossen und teils schwer verletzt worden. Die Polizei nahm den mutmaßlichen Täter einen Tag später fest, nachdem sein Fahrzeug im Norden Londons angehalten worden war. Ihm wird versuchter Mord vorgeworfen. Nähere Einzelheiten zum Hintergrund der Tat wurden bisher nicht bekannt.

Trauerfeier für Mutter und Tochter aus Kolumbien

Pfarrer Jeremy Trood sagte dem Sender BBC, nach den Schüssen seien die Trauergäste zurück in die Kirche geflohen und hätten dort so lange ausgeharrt, bis die Polizei eingetroffen sei. Die Trauerfeier galt Medienberichten zufolge zwei Frauen aus Kolumbien. Eine 50-jährige Mutter war nach ihrer Landung in London an einem Blutgerinnsel gestorben, ihre Tochter (20) drei Wochen später an Blutkrebs. Die Trauernden hatten die Feier kurz unterbrochen, um vor der Kirche weiße Tauben aufsteigen zu lassen, als die Schüsse fielen.

— IDEA 17.01.2023

„truestory“: Jugendliche begegnen Jesus

Die christlichen Rapper Alex und Maxi von den O'Bros moderieren den Livestream.

Kassel (IDEA) – Das Jugendprojekt der Evangelisationsbewegung proChrist (Kassel) „truestory – About Jesus. About You“ (ehemals JESUSHOUSE) findet in diesem Jahr vom 21. bis 25. März statt. An sechs Abenden sollen Jugendliche die Möglichkeit bekommen, Jesus zu begegnen. Im Zentrum steht die Frage, wie Jesus ihr Leben verändern kann. Ein besonderer Fokus liegt auf Jugendlichen, die bisher nicht in einer Kirche oder Gemeinde zu Hause sind. Die Veranstalter bereiten Materialien vor und stellen die Redner. Das Event findet dann in Gemeinden vor Ort statt. Für die Austragungsorte gibt es drei Formate, die gebucht werden können. Das Format „Bühne“ bietet die Möglichkeit, einen Redner aus dem truestory-Evangelistenpool einzuladen. Die Evangelisten predigen vor Ort und laden zum Glauben an Jesus ein. Das Format „Gruppen“ sieht vor, dass Jugendliche gemeinsam die Bibel lesen und anschließend den Evangelisten Fragen stellen. Der Livestream ist ein vorproduziertes Format, das Gemeinde oder zuhause angesehen werden kann. In diesem Jahr moderieren die Musiker Alex und Maxi von dem christlichen Rapper-Duo O'Bros die Sendung. Die Veranstalter kündigten in einer Pressemitteilung an, dass das Format „Dialog- und Bühnenstil“ ausgebucht ist. Für Interessierte besteht weiterhin die Möglichkeit, sich für die Übertragung per Livestream anzumelden. Bisher haben sich insgesamt rund 230 Veranstaltungsorte in Deutschland, Österreich und in der Schweiz angemeldet. Rund 700 Gemeinden sind beteiligt. Der Verein proChrist besteht seit 1991 und ist eine überkonfessionelle Initiative von Christen unterschiedlicher Kirchen. Sie wird nahezu ausschließlich durch Spenden finanziert. Mit Veranstaltungen unterstützt proChrist Gemeinden dabei, Menschen mit dem christlichen Glauben bekannt zu machen.

— IDEA 17.01.2023

Joe Biden predigte in früherer Gemeinde von Martin Luther King

Der Bürgerrechtler ist für den US-Präsidenten eine Quelle der Inspiration

Atlanta (IDEA) – Erstmals hat ein amtierender US-Präsident in der Baptistengemeinde in Atlanta (Bundesstaat Georgia) gepredigt, in der der US-Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. bis zu seiner Ermordung 1968 als Pastor arbeitete. King wäre am 15. Januar 94 Jahre alt geworden. Der in der Ebenezer Baptist Church tätige Pastor, Senator Raphael Warnock, hatte Biden eingeladen, an dem Tag in der Kirche zu predigen, berichtete die Nachrichtenplattform NPR News. Biden ging in seiner 25 Minuten dauernden Predigt auf Kings Glauben sowie auf dessen Engagement für Gleichberechtigung zwischen Schwarzen und Weißen ein. King sei einer seiner persönlichen Helden und eine Quelle der Inspiration. Laut Biden befindet sich eine Büste des Bürgerrechtlers in seinem Büro, dem Oval Office, wie auch eine weitere Büste von Rosa Parks (1913–2005). Sie hatte sich 1955 geweigert, ihren Sitzplatz in einem Bus in Montgomery (Bundesstaat Alabama) für einen Weißen zu räumen. Dies gilt als Anfang der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA. Biden äußerte ferner, dass seine Regierung im Einklang mit den Überzeugungen von Martin Luther King für wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Rechte der Arbeitnehmer kämpfe, „um den amerikanischen Traum für jede Familie Wirklichkeit werden zu lassen“. Darunter versteht man die Vorstellung, dass jeder Mensch durch harte Arbeit in Zukunft einen höheren Lebensstandard erreichen kann.

— IDEA 17.01.2023

Politologe: „Patriarch Kyrill ist Alleinherrscher“

Wie sich die Russische Orthodoxe Kirche und Putins Regime ähneln

Berlin (IDEA) – Eine „symbiotische Nähe“ zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und dem „autokratischen System“ unter Wladimir Putin sieht der Politikwissenschaftler Prof. Andreas Heinemann-Grüder (Bonn). Es gebe zwischen beiden Seiten „substanzielle Parallelen zu klerikalfaschistischen Strömungen der 1920er und 1930er Jahre“, etwa in Italien, Spanien und Deutschland, schreibt der Wissenschaftler in einem Aufsatz. Der Beitrag ist bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (Berlin) in der Schriftenreihe „Analysen & Argumente“ erschienen. Wie es darin heißt, ähneln sich ROK und Putins Regime in ihrer autokratischen Struktur, dem Führerprinzip, der Betriebsweise und Loyalitätsstruktur. Beide Seiten stützten sich und profitierten voneinander. Den Metropolit Kyrill und Präsident Putin eine ihre Art und Weise des autokratischen Handelns. Das hätten sie unter anderem im sowjetischen Geheimdienst KGB erlernt. Zum Hintergrund: Beide waren KGB-Offiziere. Laut Heinemann-Grüder zeichnen autoritärer Patriarchalismus und personalisierte Herrschaft auch die ROK im Innern aus: „Kyrill ist Alleinherrscher, auf Lebenszeit gewählt, keiner inneren Gewaltenbeschränkung unterworfen, keiner Synode, keinem Kollektivorgan rechenschaftspflichtig, er verfügt über ein Deutungsmonopol und die Macht zur willkürlichen Absetzung von Widersachern.“ Deshalb überwögen in der ROK „billigende Hinnahme oder Apathie gegenüber dem Krieg gegen die Ukraine“. Es gebe nur wenige Dissidenten.

Kyrill lässt Krieg zum Reinigungsritual avancieren

Die ROK sei ein Instrument zur Umsetzung der neoimperialen Fantasien Putins. Die Rhetorik der Kirche habe „aus dem zynischen Machtpolitiker Putin einen Weltanschauungstäter werden lassen und ermächtigt die Kriegsbegeisterten“. Anstelle christlicher Friedensethik habe Kyrill den Kämpfern gegen die Ukraine Ende September 2022 schon vorab die Absolution erteilt, sie würden von allen vorherigen Sünden reingewaschen. „Der Krieg avanciert damit zum Reinigungsritual. Der Angriffskrieg ist in diesem Kontext nicht mehr Sünde, sondern ein Gottesdienst“, so Heinemann-Grüder. Der 65-Jährige lehrt am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

— IDEA 17.01.2023

Altbischof: An Gottes Wort festhalten

Prof. Gerhard Maier betont den Wert der Glaubensbekenntnisse

Tübingen (IDEA) – Die wichtigste Herausforderung für Bischöfe und Kirchenleitungen ist heute „das Festhalten am Wort Gottes“. Das betont der frühere württembergische Landesbischof, Prof. Gerhard Maier (Tübingen), in einem Interview mit dem Vorsitzenden des theologisch konservativen Arbeitskreises Bekennender Christen in Bayern (ABC), Dekan Till Roth (Lohr am Main), in der aktuellen Ausgabe der „ABC Nachrichten“. Innerkirchlich werde das Festhalten an der Bibel „durch die kritische Theologie erschüttert. Außerkirchlich durch außerchristliche Religionen“ wie den Islam, den Hinduismus, den Buddhismus oder die „Mutter-Erde‘-Religion der Schamanen“, so Maier. Er betont in diesem Zusammenhang den Wert der christlichen Bekenntnisse wie des Apostolischen und des Nizänischen Glaubensbekenntnisses. „Diese alten christlichen Bekenntnisse sind in so vielen Kämpfen erprobt, so oft auf die Waagschale geworfen worden, für sie sind so viele Christen gestorben und durch sie so viele Menschen gesegnet worden, dass sie selbst – so wie sie dastehen – einen Kern bilden, an dem man nichts abhobeln sollte.“ Dabei dürfe die Frage, ob es beliebt sei, sich an diesen Bekenntnissen zu orientieren, für Christen kein Maßstab sein. „Hätten sich die alten Christen danach gerichtet, dann hätten wir heute weder eine Bibel noch ein Glaubensbekenntnis.“

Bekenntnisse haben für viele nur noch kirchengeschichtlichen Wert

Mit Blick auf seine Amtszeit als Bischof (2001–2005) berichtet Maier, dass in seiner Landeskirche zwar bei Amtseinführungen sowie in manchen Konferenz- und Synodalreden immer wieder auf den Bekenntnisstand verwiesen worden sei. „Dennoch erlebte ich den Bezug auf das Bekenntnis eher als eine Art kirchengeschichtlicher Erinnerung, als eine Art Fisch aus der Kühltruhe, und weniger als eine Art Impuls oder Korrekturmöglichkeit. Die Hemmschwelle, das Bekenntnis zu überspringen oder gar zu korrigieren, ist niedrig.“ Maier nimmt in diesem Zusammenhang weitreichende „Verschiebungen“ unter den Kirchenmitgliedern wahr: „Als einer unserer Pfarrer im Konfirmandenunterricht einmal das Gericht Gottes erwähnte, meldeten Eltern ihr Kind vom Konfirmandenunterricht ab.“ Sie hätten das damit begründet, dass die Erwähnung des Gerichts unchristlich sei. Nach der lutherischen Konkordienformel von 1580 gehöre jedoch zur aufrichtigen und hilfreichen Predigt die Nennung und Darlegung dessen, „was Sünde ist“. Er selbst habe erfahren, so Maier, dass ein klarer Bezug zu den christlichen Glaubensbekenntnissen das Gespräch mit Andersgläubigen nicht erschwere oder beende. Das gelte auch für den Kontakt zu Muslimen, die „keinen ‚windelweichen‘ christlichen Gesprächspartner“ wollten, sondern einen, der ihnen mit ernsthaften Argumenten begegne.

— IDEA 17.01.2023

Präses Latzel: Religiöse Bildung in Familien stärken!

Rheinische Synode beschäftigt sich mit dem Schwerpunktthema „Bildung“

Düsseldorf (IDEA) – Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel (Düsseldorf), hat dazu aufgerufen, die religiöse Bildung von Kindern in Familien zu stärken. Familien seien „der primäre Ort religiöser Sozialisation“, sagte er in seinem Bericht vor der Landessynode in Düsseldorf. Das Kirchenparlament tagt vom 15. bis 20. Januar und beschäftigt sich mit dem Schwerpunktthema Bildung. „Gott ist ein Hausgenosse aus unserer Kindheit“, sagte Latzel. Deswegen sei es wichtig, Familien „darin zu unterstützen, mit Kindern zu beten, sie zu segnen, ihnen aus der Kinderbibel vorzulesen, gemeinsam das Kirchenjahr zu feiern“. Der Präses appellierte an die Kirchengemeinden, neue Ideen für die pädagogische und geistliche Begleitung zu entwickeln. Auch für christliche Kindergärten seien religionspädagogische Angebote für Familien selbstverständlicher Teil ihres Angebotes. „So etwas sollte in keiner evangelischen Einrichtung fehlen“, so Latzel. Gerade angesichts der aktuellen Krisen sei religiöse Bildung von großer Bedeutung. Sie vermittele „einen heilsam anderen Blick auf die Welt. Sie befreit aus dem Tunnelblick der Angst und öffnet die Augen für Gottes Herrschaft in dieser Welt.“ Christen sähen die Welt aus einer Perspektive, „die Probleme nicht einfach spiegelt und steigert, sondern kontrafaktisch Hoffnung bietet“. Deswegen könnten sie Krisen als „Zeit der Einkehr bei Gott und der Umkehr unseres Lebens“ verstehen. Eine Umkehr sei etwa im Umgang mit der Umwelt nötig. Latzel warb dafür, in Kirchengemeinden Umweltschutzprojekte zu entwickeln. „Dort, wo Gemeinden sich ökologisch neu ausrichten, tut sich auch geistlich etwas“, so Latzel. Die rheinische Kirche hat rund 2,2 Millionen Mitglieder in 627 Gemeinden.

— IDEA 17.01.2023

Menschen auf der letzten Wegstrecke begleiten

20 Jahre stationäres Diakonie Hospiz Wannsee – Jährlich 135 Gäste

Berlin (IDEA) – Das erste ökumenische Hospiz Deutschlands, das Diakonie Hospiz Wannsee in Berlin, ist 20 Jahre alt geworden. Es hatte am 13. Januar 2003 seinen ersten Gast stationär aufgenommen, teilte das Werk mit. Bereits seit Oktober 1996 begleitete die Einrichtung schwer kranke Menschen ambulant auf der letzten Wegstrecke des Lebens. Damals gründeten der Evangelische Diakonieverein Zehlendorf und die Evangelisch-Freikirchliche Diakoniegemeinschaft Bethel das ambulante Hospiz im Südwesten Berlins. Aus der Kooperation ging das erste ökumenische Diakonie Hospiz hervor. Träger sind der Evangelische Diakonieverein Zehlendorf und die heutige Immanuel Albertinen Diakonie (Hamburg), die zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden gehört. In dem Haus gibt es 14 Plätze. Dort sind jährlich rund 135 Menschen zu Gast, die palliative sowie psychosoziale und geistliche Begleitung erhalten. Der weiterhin bestehende ambulante Hospiz-Dienst betreut jährlich rund 500 Patienten. Das Jubiläum feierte die Einrichtung mit einem Gottesdienst in der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Berlin-Wannsee. Dabei wurden sieben Mitarbeiter für 20-jährige Tätigkeit geehrt.

40 hauptamtliche und 130 ehrenamtliche Mitarbeiter

Der Geschäftsführer und Leiter des Diakonie Hospiz Wannsee, Walther Seiler, bezeichnete es als ein Vorrecht, Menschen auf dem letzten Lebensweg begleiten zu können: „Was als Pionierarbeit begann, ist nicht mehr aus dem Gesundheitswesen wegzudenken.“ In dem Hospiz sind 40 hauptamtliche und 130 ehrenamtliche Mitarbeiter tätig. Der Vorsitzende der Konzerngeschäftsführung, Matthias Scheller (Hamburg), zeigte sich beeindruckt davon, „mit wieviel Wärme und Zuwendung die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter unseren Gästen begegnen“. Dafür wünschte er ihnen weiterhin Gottes Segen. Die Immanuel Albertinen Diakonie ist im Januar 2019 aus dem Zusammenschluss vom Albertinen Diakoniewerk (Hamburg) und der Immanuel Diakonie (Berlin) hervorgegangen. Das Werk betreibt 100 Einrichtungen im Bereich der stationären Krankenhausversorgung, in der Altenhilfe, unterhält Hospize und Medizinische Versorgungszentren. Hinzu kommen die Betreuung von Menschen mit Behinderungen, Angebote unter anderem in der Suchtkrankenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der psychosozialen Beratung. Die Zahl der Mitarbeiter liegt bei rund 7.900.

— IDEA 17.01.2023

BERICHTE

Strukturierte Hilfestellung für Gemeinden

Die „Sozialraumorientierung“ ist ein Konzept aus der sozialen Arbeit. Sie fragt nach dem, was Menschen vor Ort bewegt. Die Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi/Berlin) hat eine „Toolbox“ entwickelt, um Gemeinden dabei zu helfen. IDEA-Volontärin Artemis Raboti hat sie sich angeschaut.

Die Toolbox „WIR & HIER“ ist ein digitaler Werkzeugkasten, der Kirchengemeinden und soziale Einrichtungen bei ihrer Arbeit im Sozialraum unterstützt. Dabei geht es im Kern darum, ein Bewusstsein für die Umgebung zu entwickeln. Sozialraumorientierung soll helfen, die Anliegen eines Ortes wahrzunehmen und bedürfnisorientierte Angebote zu stellen. Die digitale Plattform ist für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter gleichermaßen geeignet. Auf der [Heimseite](#) wird den Besuchern zunächst erklärt, was sie in ihrem Werkzeugkasten erwartet. Das Anliegen sei es, nicht an der Gemeinde vorbeizuarbeiten, sondern auf Menschen und ihre Ressourcen zu schauen. Dabei geht es auch darum, die Ressourcen der eigenen Gemeinde kennenzulernen und sie gezielt einzusetzen. Das Format ist in Form eines Chats gestaltet, wie man ihn von WhatsApp, Telegram und weiteren Kommunikationsplattformen kennt. Es gibt vorformulierte Fragen, die sich logischerweise stellen, um weitere Schritte einzuleiten. Da heißt es zum Beispiel: „Wir hätten gerne Ideen, wie wir starten können! Außerdem brauchen wir Geld für unser Projekt! Und wo finden wir Verbündete?“. In der Antwort wird auf den Bereich der Plattform hingewiesen, der sich mit dem Thema befasst. Mit einem Klick findet man seine Antwort. Die unterschiedlichen Bereiche stellen Tipps, Anregungen und konkrete Methoden für die Umsetzung vor. Unter der Rubrik „Finanzierung“ werden zum Beispiel Fördervereine, Sparkassen, Kommunen und Unternehmen empfohlen. Auch Material kann angefragt werden. Fazit: Die Toolbox von midi bietet Gemeinden, diakonischen Einrichtungen und Gründungsprojekten eine strukturierte Hilfestellung, um das Konzept der „Sozialraumorientierung“ anzuwenden. Durch die Plattform kann jedes Gemeindemitglied in den Prozess einbezogen werden und sich selbst informieren. Besonders für Nutzer, die sich nicht mit Fördervereinen und Tools auskennen, bietet midi wichtige Unterstützung. Die Umsetzung kann auch bedeuten, einen neuen Kurs innerhalb der Gemeinde einzuschlagen. Davor muss man keine Angst haben. Das Konzept arbeitet ressourcenorientiert. Das bietet der Gemeindeleitung die Möglichkeit, die Stärken und Wünsche der Mitglieder wahrzunehmen und gabenorientiert zu arbeiten. Die Tools erleichtern auch eine missionarische Ausrichtung. Den Sozialraum einzugrenzen, schafft zunächst Klarheit für das Arbeitsumfeld. Danach kann sich die Gemeinde gezielt nach Außen ausrichten. Die Toolbox schlägt zum Beispiel Gebetsspaziergänge vor – eine gute Methode, um geistliche Impulse zu ermöglichen und zusammentragen.

— IDEA 17.01.2023

Der lange Arm der Volksrepublik China

Weltweit gibt es rund 550 chinesische Konfuzius-Institute – 19 davon in Deutschland. Offiziell sollen sie den kulturellen Austausch zwischen der kommunistischen Volksrepublik China und anderen Staaten fördern. Doch sie stehen in der Kritik, chinesische Propaganda zu verbreiten. IDEA-Redakteur Daniel Scholaster hat sich das genauer angeschaut.

Viele Staaten unterhalten im Ausland Einrichtungen, die den Reichtum der eigenen Kultur vermitteln sollen. Für Deutschland nehmen diese Aufgabe die Goethe-Institute wahr. Das chinesische Äquivalent sind die Konfuzius-Institute, von denen sich 19 in Deutschland befinden. Sie kooperieren in den jeweiligen Städten mit den Universitäten. Benannt sind sie nach dem chinesischen Philosophen Konfuzius (551–479 v.Chr.).

Dass diese Institute durch die Volksrepublik China beeinflusst sind, zeigt ein Ereignis im August 2021. An den Instituten in Duisburg und Hannover sollten Lesungen aus dem Buch „Xi Jinping – Der mächtigste Mann der Welt“ von den Journalisten Stefan Aust und Adrian Geiges stattfinden. Die Institute sagten sie nach einem Einspruch aus China kurzfristig ab. Da stellen sich Fragen: Wie sieht in Deutschland die Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten konkret aus? Wie viel Einfluss hat China?

„Kommunikationskanäle“ erhalten

In Duisburg wird das Institut von einem Verein getragen. Vertreten sind darin die Universität Duisburg-Essen, die chinesische Partneruniversität in Wuhan und die Stadt Duisburg. Die Universität Duisburg-Essen teilte IDEA auf Nachfrage mit, dass es in dem Verein darum geht, „Kommunikationskanäle“ in beide Richtungen zu erhalten. Doch die Absage der Lesungen zeigt: Der chinesische Arm ist lang und kann Kanäle trockenlegen. Auch an der Leibniz Universität Hannover hatte die Absage für Debatten gesorgt. Jetzt wird die Kooperation mit dem Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover „intern intensiv diskutiert“, sagt Uni-Pressesprecherin Mechtild von Münchhausen. In Heidelberg wiederum blickt man gelassener auf das dortige Konfuzius-Institut. Nach Angaben der dortigen Universität sind „Vorwürfe der Propaganda und der Selbstzensur“ unzutreffend: „Der Universität ist keine Einflussnahme durch die chinesische Führung auf die konkrete Vereinsarbeit bekannt.“

Einspruch aus China

Die Konfuzius-Institute selbst weisen die Vorwürfe strikt zurück. Das „Konfuzius-Institut Metropole Ruhr“ in Duisburg teilte mit, man folge in den Veranstaltungen keiner propagandistischen „Blaupause“. Über die Absage der besagten Lesung heißt es zurückhaltend, „unterschiedliche Auffassungen zwischen den deutschen und chinesischen Partnern“ seien der Grund gewesen. Das Institut in Hannover verweist auf Nachfrage auf eine Stellungnahme vom 2021: Darin heißt es, es sei zu „Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Partnern“ gekommen. Das Institut sei „erstmalig mit dieser Situation konfrontiert“ gewesen.

Nur die Volksrepublik profitiert

Der den Unionsparteien nahestehende Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) findet klarere Worte. Ihnen sind die Konfuzius-Institute schon länger „ein Dorn im Auge“, sagt die Bundesvorsitzende Aileen Weibeler. Den Beteuerungen der Institute, sie bemühten sich um Unabhängigkeit von der chinesischen Führung, glaubt sie nicht. In Wirklichkeit schränkten diese Einrichtungen den freien Meinungs austausch ein. Aktuell profitiere nur die Volksrepublik von der Forschungsfreiheit in Deutschland. „Das ist auch aus sicherheitspolitischer Sicht problematisch“, warnt Weibeler: „Denn die chinesische Seite bekommt – auch über die Konfuzius-Institute – umfassenden Einblick in die

technologischen Entwicklungen in Deutschland, während sie sich selbst abschottet und Kritik am eigenen politischen System unterbindet.“

Haft, Zwangsarbeit, Sterilisation

Bei der Gesellschaft für bedrohte Völker hält man eine Kooperation deutscher Universitäten mit den Konfuzius-Instituten generell für falsch. Diese verweigerten grundsätzlich eine kritische Auseinandersetzung mit den schlimmen Zuständen in der Volksrepublik, beklagt die Referentin für „Genozid-Prävention und Schutzverantwortung“, Jasna Causevic. Die chinesische Führung drangsaliere Minderheiten im eigenen Land und strebe langfristig ihre vollständige Assimilierung an. Das geschehe zum einen durch die gezielte Ansiedlung von Han-Chinesen, die die zahlenmäßig größte Volksgruppe im Land bildeten, in den Grenzregionen oder auf dem Gebiet annektierter Staaten wie Tibet. Auf der anderen Seite würden muslimische Uiguren aus Ostturkestan (Xinjiang), aber auch Angehörige der kasachischen und kirgisischen Volksgruppe inhaftiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet, während Frauen die Zwangssterilisation drohe. Das Ziel sei die langfristige Auflösung dieser Volksgruppen.

Christen werden unterdrückt

Auch religiöse Minderheiten wie die Anhänger der aus verschiedenen fernöstlichen Religionen hervorgegangene Falun-Gong-Bewegung würden bedrängt und Opfer von Folter, Organraub und Mord, sagt Causevic. Die chinesische Regierung setze zudem christliche Gemeinden massiv unter Druck, um religiöse Symbole aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Kreuze würden entfernt, Kirchengebäude entweiht oder zerstört. Davon sei kein Wort in den Konfuzius-Instituten zu hören.

China unterwandert Gremien

Causevic sieht auch ein weiteres Problem: China könne regelmäßig mit Hilfe seiner Verbündeten bei den Vereinten Nationen Resolutionen zur Lage der Menschenrechte im eigenen Land abschmettern. Auf UN-Ebene forcieren die chinesische Regierung die Aufweichung von international anerkannten Menschenrechtsnormen.

Im August 2022 veröffentlichte die damalige Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, einen Bericht zur Situation in Xinjiang. Was erstaunlich ist: Darin wird der Begriff „Völkermord“ ganz vermieden. Der Bericht enthält aber trotzdem stichhaltige Beweise für Handlungen, die die Kriterien aus der Völkermordkonvention erfüllen. Dazu zählen die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur systematischen Geburtenverhinderung bei Minderheiten.

Beschlüsse scheitern am Veto

Eine Debatte im Menschenrechtsrat konnte die Volksrepublik jedoch im Oktober mit Hilfe ihrer traditionellen Verbündeten wie Pakistan, Venezuela, Bolivien oder Eritrea abwenden. Auch im UN-Sicherheitsrat scheitern Beschlüsse regelmäßig am Veto der Volksrepublik oder Russlands. Das alles ist Causevic bestens bekannt. Sie hat deswegen vor allem eine Forderung: „Die Bundesregierung muss ihre China-Politik auf den Prüfstand stellen.“ Dasselbe gelte für europäische und US-Konzerne, die dort große Gewinne erwirtschafteten, „während in dem Land Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, die einem Völkermord gleichkommen“.

Chinesische Propaganda in Deutschland

Auch der Menschenrechtsexperte und Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin, warnt energisch vor dem Einfluss, den die Konfuzius-Institute auf die Wahrnehmung Chinas in Deutschland ausüben. „Eine objektive Auseinandersetzung mit den

Verbrechen des chinesischen Diktators Mao Tse-tung oder der Unterdrückung ethnischer Minderheiten in der Volksrepublik widerspricht dem Interesse der Institute und ihrer Geldgeber.“ Den Veranstaltungsteilnehmern werde z.B. eingeredet, dass es sich bei der sogenannten „Kulturrevolution“ Maos, die Millionen Opfer gefordert habe, nicht um einen Völkermord gehandelt habe.

Was es nicht geben darf

Auch das Massaker an Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Jahr 1989 werde als legitime Aktion der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung von „Terroristen“ interpretiert. Für Lessenthin gibt es deswegen nur eine Lösung: „Es darf keine durch die Volksrepublik China finanzierten Konfuzius-Institute mit Anbindung an Universitäten auf deutschem Boden geben.“

Verfolgung auf deutschem Boden

Doch nicht nur an den Universitäten versucht die Volksrepublik, ihren Einfluss auszubauen, wie der Menschenrechtler betont. Der „lange Arm der chinesischen Behörden“ reiche bereits bis auf deutschen Boden. Staatsbürger der Volksrepublik, aber auch Taiwaner würden überwacht und zum Teil auch mit geheimdienstlichen Mitteln verfolgt. Es gebe sogar, so Lessenthin, geheime chinesische Polizeistationen in Deutschland, in denen chinesische Exilanten und Dissidenten verhört werden. Sie befänden sich nicht nur auf den Grundstücken von Botschaften oder Konsulaten, sondern auch auf deutschem Territorium. Das könnten beispielsweise Einrichtungen von Firmen im chinesischen Staatsbesitz sein.

Wirtschaftliche Abhängigkeit verhindert Protest

Doch weshalb lässt der deutsche Staat zu, dass eine fremde Macht ihre Staatsbürger im Ausland drangsaliert? „Das hat einen einfachen Grund“, sagt Lessenthin: „Deutschland hat sich wirtschaftlich von der Volksrepublik China abhängig gemacht.“ Die deutsche Politik sei bisher nicht willens oder in der Lage, „angemessen die Interessen der deutschen Bevölkerung“ gegenüber „Potentaten oder Diktatoren“ zu vertreten, wenn dadurch wirtschaftliche Nachteile für die Bundesrepublik in Kauf genommen werden müssten. „Der Protest der deutschen Regierung wird maximal über diplomatische Noten artikuliert, was die chinesische Führung jedoch ebenso wenig kümmert wie der sogenannte Rechtsstaatsdialog, den Deutschland erfolglos mit der Volksrepublik China geführt hat.“ Angesichts dieser Umstände kann Lessenthin nicht nachvollziehen, „weshalb es die Bundesregierung zulässt, dass chinesische Konzerne sich in deutsche Unternehmen und Häfen einkaufen“.

Deutschland ist erpressbar

Das alles zeigt: Solange kein Umdenken stattfindet, bleibt der deutsche Staat erpressbar. Das hatte sich schon während der Corona-Krise gezeigt. Damals traten in Deutschland plötzlich Engpässe bei der Beschaffung von Medikamenten auf, weil China seine Grenzen schloss. Weil der Trend schon seit vielen Jahren dahin geht, dass alles immer billiger werden soll, haben viele deutsche Konzerne einen großen Teil ihrer Produktion auch nach China ausgelagert. Dadurch lassen sich zwar Kosten einsparen, gleichzeitig nehmen Unternehmen aber häufig in Kauf, dass in der Volksrepublik unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert wird.

Was helfen könnte

Eine völlige wirtschaftliche Autarkie für eine am Export orientierte Volkswirtschaft wie Deutschland ist nicht realisierbar. Allerdings würde es schon einen Unterschied machen, wenn Deutschland die Zahl der Handelspartner erhöhen und bestimmte Produkte wieder hierzulande fertigen würde – auch wenn das im Zweifel mehr Geld kostet. Denn es reduziert die Abhängigkeit von Staaten wie China, in denen Christen und andere Minderheiten verfolgt werden. Und wer hierzulande mit den Konfuzius-Instituten kooperiert,

der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er – so formulierte es unlängst der Verein „Menschenrechte für China“ – das „verbrecherische Regime der Kommunistischen Partei Chinas“ unterstützt.

— **IDEA 17.01.2023**